DIE 'NEUE' HEILSLEHRE STAMOKAP

C 21246 E

Seite 6

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 14. April 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

BRESHNEW NACH BONN

Diplomatische Grossoffensive!

Ein wahres Reisefieber scheint ausgebrochen zu sein. Breshnew nach Bonn, Breshnew zu Honnecker, Breshnew in die USA. Brandt trifft Breshnew, fährt in die USA und nach Israel. Thieu macht eine Weltreise, fährt zu Nixon und dann nach Bonn. Was steckt hinter dieser Hektik?

Die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina und seine damit stärker hervortretende innere Schwäche haben die international abgesteckten Einflusspären der Imperialisten ins Wanken gebracht. Der Niedergang des US-Imperialismus ist aber nur ein Ausdruck der Zerrüttung des imperialistischen Weltsystems, des weltweiten Niedergangs seiner Herrschaft.

Die vergangeem Jahre waren durch die verheerende Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus gekennzeichnet. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen brachen in allen kapitalistischen Ländern aus und dauern bis heute an. Die Inflation nahm solche Ausmasse an, dass die Leitwährungen der kapitalistischen Welt, Sterling und Dollar zur Abwertung gezwungen waren und damit eine allgemeine Krise für das gesamte kapitalistische Währungssystem heraufbeschwor.

Diese innere Schwäche in den imperialistischen Ländern selbst wird verstärkt durch die Welle des Befreiungskampfes, der Enteignung und Verjagung imperialistischer Mammutkonzerne in vielen Ländern der dritten Welt. Diese zusätzliche Einschränkung ihres Weltmarktes lässt die internationale Hochfinanz nach neuen Einflussgebieten ausschauhalten und setzt die Neuaufteilung von Einflussphären auf die Tagesordnung.

Die am revisionistischen Verrat zerbrochene Arbeitermacht in der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas eröffnen den westlichen Imperialisten den bisher verschlossenen Ostmarkt. Um die grossen sowjetischen Rohstoffreserven streiten sich heute sowohl die USA, als auch Japan und die BRD. Gerade gelegen kommt ihnen die von der Chruschtschow-Breschnew-Bande zerrüttete sowjetische Wirtschaft. Riesige Getreidelieferungen gehen von der USA an das Agrarland Sowjetunion. 200 000 Tonnen werden vom Butterberg der EG an die Sowjetunion abgetragen. (Tsp. 4.4.) Die 'Europäische Gemeinschaft' der Monopole stöhnt unter der Last ihrer unverkäuflichen Butterüberschüsse. Die 400 000 t sind bereits überschritten. Wenn Moskau nicht kauft, werden es bald über eine halbe Million Tonnen sein.

Auch die expandiernede westdeutsche Stahlindustrie pumpt fleissig ihre Produkte in die Sowjetunion. Mannesmann-Röhren, Mannesmann LKWs, Salzgitter Stahlprodukte, Thyssen, Krupp, wieder dabei.

Dazu werden riesige Kredite im Westen locker gemacht. Wie die revisionistische Presse selbst zugibt, bezog die SU schon im Jahre 1971 ungefähr 2,5 Milliarden Dollar. Inzwischen spriessen westliche Banken aus dem Boden, allein 20 haben in den letzten Monaten den Antrag auf Eröffnung einer Filiale in Moskau gestellt. Die Deutsche Bank schreitet dabei allen voran.

Dieser wirtschaftliche Expansions-Feldzug soll auf jeden Fall auf Kosten der Arbeiterklasse gehen — die Mannesmann-Arbeiter im Westen zahlen mit Sonderschichten und Arbeitshetze, aus den sowjetischen Ar-

Fortsetzung auf Seite 2



ROTE GARDE

Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

Auf zur Vaterlands-verteidigung?

Rekruteneinziehung in Dortmund

2.April, Dortmund, Hauptbahnhof: Wieder einmal rücken hunderte von Rekruten zum Bund ein. Wie immer: Mürrische Gesichter bei den Jugendlichen. Wie immer, an allen Ecken die alten Kommißvisagen der Feldjäger, die Aufpasser von der politischen Polizei.

Wir von der Roten Garde und vom KSB/ML Dortmund waren auch gekommen, um Flugblätter an die Rekruten zu verteilen und den Roten Morgen zu verkaufen.

.. Es gab viel Zustimmung. Ältere, die schon beim Bund gewesen waren, sagten: "Richtig so, soll jeder wissen, was die Bundeswehr für ein Scheissladen ist." "Da muss man wirklich den Kampf dagegen organisieren."

Die Kommissvisagen wurden immer länger. Vergebens versuchte die Bahnpolizei, uns zu vertreiben.

Schliesslich rückten die Grünen an. Sie wollten die Ausweise und die Flugblätter. Die Ausweise bekamen sie — aber die Flugblätter nicht. Es gab ein ziemliches Gerangel. Drei der Bullen stürzten sich auf einen Genossen und zerrten ihn gegen heftigen Widerstand in ihre Auto.

Mittlerweile waren sie schon 14 — sechs Bahnbullen, vier Feldjäger, vier Grüne.

Aber auch wir waren mehr geworden. Bei dem Gerangel waren schon die ersten Rekruten und Fahrgäste aus dem Bahnhof gekommen, Bahnarbeiter liefen herbei. Wir machten ein Riesengeschrei. "Warum machen die denn so ein Theater um ein paar Flugblattverteiler? Weil sie sehen, dass ihr auf sie sauer seid. Die haben einfach Angst!" Und immer wieder:

Gebt den Genossen raus!"

Auf unser Gebrülll kamen immer mehr Leute aus dem Bahnhof. "Bullenpack", "Schöne Demokratie ist das hier", konnte man hören.

Die Bullen wurden langsam nervös. Sie fingen an, mit den Schlagstöcken zu wedeln, die sie vorsichtshalber schon mal rausgezogen hatten.

Immer lauter wurde das Gemurre. Die Rekruten kamen einzeln an den Bullen vorbei zu uns und nahmen Flugblätter mit.

Nach einer halben Stunde gaben die Bullen auf. Sie liessen den Genossen wieder raus aus dem Auto und gaben uns die Flugblätter zurück.

Dafür stellten sich jetzt die Feldjäger in den Bahnhofseingang und versuchten, den Rekruten die Flugblätter einzeln wieder abzunehmen. Die versteckten sie aber unter ihren Kleidern, nahmen sie gleich in ganzen Packen mit rein.

Einige Elektriker von der Bahn kamen. Wir erzählten ihnen, dass die Feldjäger die Flugblätter einkassierten.
"Denen hau ich eins in die Schnauze", sagte einer, nahm ein Flugblatt und ging zu den Feldjägern. Er hielt ihm das Blatt mit beiden Händen vor die Nase und sagte laut: "Nimm es, wenn du kannst." Der Feldjäger nahm es nicht.

Die Aktion war ein voller Erfolg. Nicht zuletzt durch die 'Mithilfe' der Bullen, fand das Flugblatt reissenden Absatz, jeder, der es kriegen konnte, hat es gelesen."

AUS DEM INHALT

Luftwaffenübung 'Rotland'....S.2
Schikanen gegen fortschrittliche Soldaten........S.2
Drucker durchbrechen Lohndiktat........................S.3
Arbeiterkorrespondenzen........S.3
Kampf um Jugendzentrum........S.4
Arbeitergedicht zum 1.Mai.....S.4
Vietnam: Folterspezialisten................S.5
Frankreich: neue Maiunruhen?................S.5
Westberlin: Besatzer stecken zurück........S.5
Antifaschisten: Die Faust geballt................S.7
Abschiebung verhindert..........S..
China: Kritisiert des Revisionismus..S.8
Fahrpreisaktionen................S.8

Diplomatische Grossoffensive

Fortsetzung von Seite 1

beitern pressen die Kremlzaren die Zinsen für die Westkredite heraus und laden die weiteren Folgen der imperialistischen Wirtschaftspolitik auf die Länder Osteuropas ab.

Schliesslich saugen die sowjetischen Sozialimperialisten die Westkredite auch mit dem Ziel an, um selbst im kapitalistischen Weltmarkt mehr als bisher einbezogen zu sein, als eine Grundlage für das Vorantreiben ihrer eigenen Expansionspolitik. Gerade dazu dient ihnen die Aussaugung der Völker Osteuropas durch die RWG, der EWG der Kremlzaren. Die "Realität" der EWG wurde von Moskau ja bereits anerkannt (EG-Delegierter in Helsinki). Beziehungen zwischen RWG und EWG sollen aufgenommen werden. Gerüchte über einen geplanten frei konvertierbaren Rubel zeigen, dass die Sozialimperialisten nun darangehen, sich offen in das westliche imperialistische Wirtschafts- und Währungssystem einzugliedern. Gerade das aber bedeutet, auch die sowjetische Wirtschaft und letztlich die sowjetischen Arbeiter und Werktätigen, einer noch stärkeren Krisen- und Inflationsentwicklung zu unterwerfen.



Die westdeutschen Schlotbarone kommen auf Besuch nach Moskau zu den neuen Kremlzaren. Wer wird wohl die dicksten Profite einheimsen? das ist hier die Frage.

Sicherheitsfragen ?

Kein Wunder, dass also neben 'wirtschaftlichen Fragen' beim Breshnew-Besuch in Bonn auch Fragen der 'Sicherheit' besprochen werden. Mit Sicherheit ist damit die Sicherheit der imperialistischen Herrschaft und die Stabilisierung und die Absprache ihrer Einflussphären vor allem in Europa gemeint. Beim Thema 'Sicherheitskonferenz in Helsinki' und Truppenreduzierungskonferenz in Wien wird es beim Gespräch Brandt-Breshnew um folgende Machenschaften gehen:

Wo und wie werden die Fronten und Machtbereiche der Supermächte in Europa festgelegt.

– Die Einflussphären der aufstrebenden Mächte BRD bzw. EG;

– Bestätigung der Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt als Garanten für eine imperialistische Sicherheit, sprich Unterdrückung in Europa;

– Truppenverteilung im Rahmen der modernen militärtechnischen Entwicklung (Eine Division auf dem Land kann heute z.B. durch einen Flugzeugträger ersetzt werden).

– Festigung der gemeinsamen Imperialisten-Front gegen Freiheit und Unabhängigkeit der Völker in Europa und gegen das Bollwerk der Revolution, das sozialistische China.

(Was aus dieser Ruhe wird, darauf gehen wir in einem späteren Artikel ein), denn ihre Aggressionsabsichten gegen die VR China sind keine blosse Träumerei. Schon heute wird die Sowjetarmee auf dieses Ziel gedrillt. Der Tagesspiegel schreibt:

"Das Treffen (Konferenz der Sekretäre der Parteiorganisationen bei der Roten Armee) ist das erste dieser Art **seit dem Mai 1960** und war am 23. Januar von der Armeezeitung 'Kransaje Swesda' mit den Worten angekündigt worden, dass seit dem letzten Kongress **'bedeutsame Veränderungen' eingetreten seien.** Westliche Experten rechnen damit, dass die Konferenz für die Streitkräfte **eine neue politische Linie erarbeiten wird, die den gegen den Imperialismus gerichteten 'Klassenhass' mit der neuen sowjetischen Aussenpolitik in Einklang bringt. Zu dieser neuen Politik gehören das amerikanisch-sowjetische Abkommen und weitere Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Rüstung, der Moskauer Vertrag zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik, sowie die derzeitigen Vorgespräche für die beiderseitige Verminderung der Truppen in Mitteleuropa. Lange Zeit hindurch hatte sich die Hauptpropaganda der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik und die USA gerichtet. Sie scheint sich jetzt mehr auf China zu konzentrieren."**

Diese Einschätzung der bürgerlichen Presse spricht für sich. Interessant ist es, hier noch zu vermerken, dass es **gerade um 1960-1961 war, dass sich der Sowjetrevisionismus zum Sozialimperialismus gemausert hatte. Dass gerade in dieser Zeit, sich die Trennung zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der revisionistisch entarteten SU-Führung vollzog.** Dass in diese Zeit der Bau der Berliner Mauer fiel, war ein deutlich sichtbares Zeichen für die Absprache der Supermächte Sowjetunion und USA für die Abgrenzung ihrer Einflussphären in Europa.

Inzwischen hat sich wahrlich eine Wandlung vollzogen. In der VR China festigt sich die Diktatur der Arbeiterklasse, der Sozialismus, überall schreitet die Revolution, der Befreiungskampf der Völker voran. Die Krise des Kapitalismus hat sich vertieft, die Konkurrenz zwischen den Supermächten und einzelnen emporstrebenden Imperialisten wie der BRD gewinnt an Gewicht. Das bildet den Hintergrund der diplomatischen Grossoffensive von Nixon, Brandt und Breshnew.

Auf der Suche nach Lebensraum für Maximalprofite

Besonders die Sowjetunion hat ein erhebliches Interesse daran, das Einverständnis der anderen Imperialisten zu einem Eroberungsfeldzug gegen asiatische Völker, vor allem aber gegen die VR China einzuholen. Ihre Ruhe an der Westflanke des Zarenreichs, erhoffen sich die Kremlherren durch Zugeständnisse an die West-Imperialisten, auf Kosten der Unabhängigkeit und Sicherheit der Völker Osteuropas. So wurden dem SU-Lakaien Honnecker von Moskau befohlen, Stück um Stück die Souveränität der DDR zugunsten des BRD-Imperialismus zu opfern, das gleiche mit Polen und jetzt mit der CSSR.

Die weitere Absprache der Einflussphären in Europa wird im Mittelpunkt des Breshnew-Besuchs in Bonn stehen. Die Sozialimperialisten brauchen 'Ruhe' an ihrer Westflanke

Fliegerhorst Erding:

Luftwaffenübung 'Rotland' - Wenn das Volk rebelliert....

"Vor wenigen Tagen hatte unsere Kompanie – eine Einheit der Luftwaffe – zum Abschluß der Grundausbildung eine 24-Stunden-Übung abzuleisten.

Der Hauptmann erklärte uns die Lage folgendermaßen: "Aufgrund von Arbeitslosigkeit ist es in den letzten Tagen in der BRD zu Spannungen und Unruhen in der Bevölkerung gekommen. Sabotagetrupps Rotlands haben dieses ausgenutzt und versuchen durch Anschläge auf Bundeswehr-Einrichtungen die Stimmung weiter zu verschlechtern."
Wir hatten den Auftrag, zusammen mit einer Sicherungsstaffel, ein Munitionsdepot gegen Stör- und Sabotagetrupps zu sichern.

Im Unterricht vor der Übung fragten wir den Gruppenführer nach dem Feind 'Rotland'. Der Gruppenführer: wir sollten bloss mal an die Baader-Meinhoff-Bande denken und was die in letzter Zeit getan hätten. Es könne ja die Situation eintreten, dass jeder dritte arbeitslos ist und die 'Spannungen' in der Bevölkerung chaotische Ausmasse annehmen. Gegen jene Kräfte, die diese Situation ausnutzen wollen, müsste dann die Bundeswehr eingesetzt werden, um das System der 'freien Marktwirtschaft' aufrechtzuerhalten.

Vor der Übung sagte unser Hauptmann noch: "Der Feind ist gut ausgerüstet und hat schon Erfolge errungen. Ich hoffe deshalb, dass die Moral der Truppe gut ist."

Gegen zwei Uhr nachts setzte der 'Feind' dann seine psychologische Kriegsführung ein. Aus grossen Lautsprechern tönte es von der anderen Seite: "Hier spricht Rotland. Wir sind gegen die Bundeswehr und für den Frieden." Ich hörte einen Kameraden: "Das sind die Marxisten-Leninisten." Zum Schluss erklang donnernd: Spiel mir das Lied vom Tod. Das ganze wiederholte sich einige Male, unterbrochen von Panzergeräuschen usw.

Die Bourgeoisie weiss nur zu gut, wer in der Lage ist, ihr das Kreuz zu brechen. Sei es, um die Arbeiterbewegung im eigenen Land zu ersticken, sei es, die Unterjochung anderer Völker oder die Einverleibung der DDR: Der Todfeind der Bourgeoisie ist die Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD/ML.

Bleibt noch hinzuzufügen, dass unsere Übung auf einem neuen, 'idealen' Gelände stattfand, das von einem ortsansässigen Bourgeois umsonst zur Verfügung gestellt wurde. Sein edles Jagdrevier war ihm nicht zu schade dafür. Er wird wissen, warum."

Schikanen gegen fortschrittliche Soldaten

Auch in der angeblich so 'sicheren' Luftwaffe brodelt es. Im Fliegerhorst Erding versucht man jetzt, den Soldaten das Maul zu stopfen.

Er hatte seinen Kameraden gezeigt, welche Möglichkeiten es gibt, sich gegen die Schikanen zur Wehr zu setzen. Er hatte ihnen auch gesagt, dass die Bundeswehr nicht dazu da ist, um die 'Demokratie' zu schützen, sondern für den Bürgerkrieg und für Raubfeldzüge.

Die Vorgesetzten mussten feststellen, dass die Soldaten sich zu rühren begannen und nicht mehr alles schweigend hinnahmen.

In der gleichen Einheit waren schon zuvor nach der Verteilung einer Flugschrift die Spinde kontrolliert worden. Ein Soldat wurde von seinem Chef, zwei Sicherheitsoffizieren und zwei Feldwebeln gezwungen, seinen Spind zu öffnen. Man wollte ihm nachweisen, dass er 'zersetzendes Material' besass und verteilte.

In einer anderen Einheit wurde ein Soldat (ebenfalls Vertrauensmann) mit 7 Tagen Arrest bestraft, weil er ausserhalb der Dienstzeit und der Kaserne den Roten Morgen verteilt hatte und im Ort Flugblätter mit seinem Namen verteilt wurden. Um ihn unter Druck zu setzen, wurde die Strafe 5 Monate 'zur Bewährung' ausgesetzt.

Gleichzeitig wurde beim Truppendienstgericht beantragt, ihn seines Amtes als Vertrauensmann zu entheben, weil er offenbar nicht auf dem Boden des Soldatengesetzes stehe. Die Soldaten, die ihn gewählt haben, zweifeln nicht daran, dass dem Antrag stattgegeben wird und überlegen bereits Gegenmassnahmen.

All das zeigt sehr anschaulich, dass den Offizieren, dem Führungsstab und allen Militaristen 'die Muffe saust'. Zu recht. Der Kampf hat begonnen und er geht weiter, ungeachtet aller Unterdrückungsmassnahmen.

Nachrichten

WAS SUCHEN DENN DIE POLIZISTEN?–

München 5.4. Die Pacellistr. ist von ca. 200 Polizisten abgesperrt. Wer in diese Strasse will, muss sich von Polizeikontrollen filzen lassen. Zerschlägt die Polizei eine Mafia-Bande, geht sie gar gegen die Rauschgifthändler vor? Weit gefehlt! Die Rote Hilfe und das Soziale Selbsthilfe-Komitee werden wieder einmal mit Überfallrazien heimgesucht.

MAURETANIEN: 20 WIDERSTANDSKÄMPFER VOM TODE BEDROHT!

Seit 1958 herrscht in Mauretanien die Marionette des französischen Imperialismus: Moktar ould Daddah. Formal unabhängig, ist Mauretanien immer noch faktisch eine Kolonie. Ausbeutung der Eisenerze durch die Gesellschaft Miferma (Rothschild), Wirtschafts- und Handelsverträge zugunsten Frankreichs, 2000 französische Soldaten in der Militärbasis von Dakar, usw.

Das Elend der Bevölkerung, 80% Bauern und Hirten, ist unvorstellbar. Durch eine Trockenperiode von 4 Jahren starben 70% der Herden. Die Staatsgelder werden aber alle den Imperialisten in den Rachen geschoben.

Die entstehende Volksbewegung soll mit verschärftem Terror unterdrückt werden. 20 oppositionelle Patrioten sind angeklagt: Wegen Verteilung von Flugblättern, Aufwiegelung der Truppen, Gründung illegaler Organisationen. Ihnen droht jetzt die Hinrichtung.

Unsere französische Bruderpartei, die KPF/ML, rief die französischen Werktätigen zum Protest auf.

PORTUGAL: WIDERSTAND GEGEN KOLONIALPOLITIK!

Im Städtchen Aveiro im faschistischen Portugal schloss sich plötzlich eine 500-köpfige Menschenmenge zusammen und formierte einen Demonstrationszug. In Sprechchören wurde gerufen: "Nieder mit dem Kolonialkrieg". Der Zug war zwei Strassenblocks weit marschiert, als schon die Polizei die Demonstration von hinten her überfiel. Die Polizei war mit Knüppeln und Plexiglasschildern bewaffnet und führte speziell abgerichtete Schäferhunde mit. Die Demonstration wurde brutal zusammengeschlagen.

BERLIN: DER DANK AUS ZARTER KINDERHAND

Frau Hilda Heinemann, Frau jenes deutschen Staatsbürgers, der eben Schlächter Thieu empfing, hat einen Denkzettel erhalten. Als diese ältliche Patriarchin das Elend ihrer Landeskinder wieder einmal besah, und mit leeren Worten den Opfern Bonner Politik Trost sprach, musste in Berlin eine herbe Enttäuschung hinnehmen. Die Enttäuschung kam in Form von Eiern auf sie herabgeprasselt. Das verfrühte Ostergeschenk wurde von Berliner Kindern überreicht, die damit kundtaten, dass sie sich nicht vom Besuch einer Madame Heinemann über das vorhandene Elend hinwegtäuschen lassen. Z.B. war der seit Wochen herumliegende Müll erst einen Tag vor dem Besuch weggeräumt worden.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 35 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Drucker durchbrechen das Lohndiktat!

Damit haben Bosse und Bonzen aus der Druckindustrie nicht gerechnet: Mit der grossen Kampfbereitschaft der 200 000 Druckereiarbeiter. Die Metaller, die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst usw. konnten Anfang des Jahres noch mit der 8,5%-Lohnleitlinie überrumpelt werden. Die Drucker stellten klar: Damit ist jetzt Schluss!

Warnstreiks im ganzen Bundesgebiet, in Westberlin erscheint der Tagesspiegel mit weissen Flecken, die Boulevardzeitung "Der Abend" erscheint nicht mehr pünktlich. Bei Bruckmann in München arbeiten die Kollegen "Dienst nach Vorschrift", bei Arbeitsgängen, die nicht bei laufender Maschine gemacht werden sollen, wird abgestellt. Produktionsausfall 70-90%. Druckereiarbeiter lehnten ab, Anzeiten in die Zeitung aufzunehmen, in denen der Bundesverband Druck die "Öffentlichkeit aufklären" wollte.

Das waren die Streikvorbereitungen der Kollegen. Die Bosse hatten sich verrechnet. Sie machten jetzt das Angebot, ihre 9% gleich auszuzahlen.

Aber zu spät. Die DruPa-Gewerkschaftsbonzen konnten den Kampfeswillen der Kollegen nicht mehr bremsen. Sie mussten zur Urabstimmung aufrufen. **Das Ergebnis war eindeutig: 91,8% stimmten für Streik!**

Sollte es also zum ersten vom DruPa-Vorstand organisierten Streik seit 21 Jahren kommen? Die DruPa-Führer dachten nicht daran. Ihre 'Streikvorbereitungen' bestanden bis zu diesem Zeitpunkt darin, über die Forderung aus den Betrieben nach linearer Erhöhung von 40 DM pro Woche hinwegzugehen, sie taten sich darin hervor, oppositionelle Kollegen aus der DruPa auszuschliessen und sogar einen Beschluss zu verfassen, dass alle Mitglieder der Gewerkschaftsopposition und alle DruPa-Mitglieder, die deren Flugblätter verteilen, sofort ausgeschlossen werden. Das waren die 'Kampfmassnahmen' der DruPa-Bonzen!

Aber die Urabstimmung sagte deutlich, was die Kollegen wollen: Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die DruPa-Bonzen wagten nun nicht einmal, über einen konkreten Termin zum Streikbeginn abzustimmen. Stattdessen kündigte Mahllein an, dass sich die 'zentrale Streikleitung' nicht neuen Einigungsversuchen 'von aussen', etwa durch den Schlichter, entziehen würde, "wenn ein aussichtsreiches Angebot kommt". Damit wird die Forderung von 91,8% der DruPa-Mitglieder nach Streik 'vom Tisch gewischt!

Gleichzeitig setzte der DruPa-Vorstand 'Streikleitungen' von oben ein — man will die Bewegung in der Hand haben.

So treten die Gewerkschaftsführer wieder einmal als Streikbrecher auf. Bei Redaktionsschluss ging die 'Verhandlung' mit dem Bundesvorstand Druck weiter, trotz Urabstimmungsbeschluss. Auch wenn sie mit einem vorzeitigen Abschluss die Kollegen zu überrumpeln versuchen sollten, um die 2. Urabstimmung über die Annahme des Ergebnisses kommen sie nicht herum. Spätestens dann heisst es: Wir haben zur vollen Durchsetzung der Forderungen, für Streik gestimmt! Und wenn wir Streik sagen, meinen wir Streik!

Die Bonzen werden sicher die Parole ausgeben: Für 1 oder 2 Prozent streikt doch niemand. Damit soll wie bei den Metallern die Kampffront unsicher gemacht werden, gespalten werden. Die Antwort der Kollegen muss darauf sein: Wenn die Kapitalisten am grünen Tisch 'Kompromisse' machen, dann erst recht, wenn die Maschinen still stehen!

Die Forderungen bleiben auf dem Tisch:

- **40 DM mehr die Woche!**
- **Bezahlung aller Streikstunden!**
- **Rücknahme aller Entlassungen während des Streik!**

Die Drucker können das 'Signal' setzen. Tariffrieden und Lohnleitlinie müssen durchbrochen werden. Millionen Kollegen aus anderen Branchen warten auf dieses Signal. Die Aushöhlung des Streikrechts durch den Schlichtungsbetrug, bei dem der Kapitalistenstaat sich als 'neutraler


DER TAGESSPIEGEL

Vermittler' aufspielt, muss zurückgewiesen werden. Die Arbeiter aus der Chemieindustrie, von Metall, öffentlichem Dienst, Druck usw. müssen ihren Kampf zusammenschliessen:

Gegen Lohnraub und Teuerung!

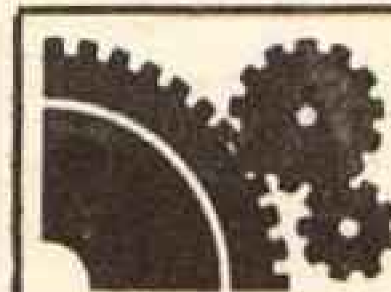
LETZTE MELDUNG:

Drucker streiken!

Sonntag Nacht, 0 Uhr 23: Die Drucker der 'Süddeutschen Zeitung' in München streiken. Obwohl alles fertig bis zum Druck war, kam die Zeitung nicht erscheinen. 180 000 Abonnenten können nicht beliefert werden. Die Fernausgabe kam noch heraus.

Die IG DruPa musste zum Streik aller 42 000 Drucker aufrufen. Morgen, Dienstag, wird keine grosse Tageszeitung erscheinen!

Das Signal ist da. Jetzt heisst es durchhalten bis zur vollen Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kollegen. Jetzt muss darauf gedrungen werden, Streikleitungen von unten aus den kämpferischsten Kollegen zu bilden. Die Arbeiter und Angestellten in den anderen Branchen und Betrieben werden ihre Solidarität aussprechen und selbst den Kampf gegen die zunehmende Teuerung, gegen Tariffrieden und Lohndiktat aufnehmen.



Arbeiterkorrespondenz



Während des Druckerstreiks jammerten die Konzernbosse, daß durch den Streik die Konzentrationsbewegung im Verlags- und Druckwesen nur noch mehr ansteigen würde und damit auch die Meinungsfreiheit bedroht würde. Kurz: Durch den Streik der Drucker würde die Demokratie beeinträchtigt. — Dazu kein weiterer Kommentar! Ein Genosse aus einem solchen Fusionsbetrieb schreibt uns:

Politik der Konzerngiganten

Der Verlag Kindler & Schiermeyer hat 580 Beschäftigte und liegt in München. Er gehört zu Gruner & Jahr, der mit dem Bertelsmann-Konzern fusioniert hat. Beide Konzerne haben zusammen 1,5 Milliarden DM und sind grösser als Springer. Herausgegeben werden solche Zeitschriften wie Stern, Capital, Eltern, Jasmin, Schule, Sesamstrasse, Schöner Wohnen usw. Beteiligungen am Spiegel und Verflechtungen mit dem Springer-Konzern sind ebenfalls vorhanden. Also eine riesige Maschinerie, um der Bevölkerung kapitalistisches Bewusstsein einzuhämmern — und Riesenprofit dabei zu machen.

Viele Kollegen dachten bisher, in einem grossen Konzern zu arbeiten, bedeute einen sicheren Arbeitsplatz. Aus ist es mit diesen Illusionen. Es gibt keine Sicherheit im Kapitalismus!
Uns Kollegen von Kindler & Schiermeyer hat man 3 Jahre lang systematisch betrogen, verraten und dann verkauft.

Vor drei Jahren wurde von einem 40-Millionen-Projekt in München geredet, vor zwei Jahren nur noch vom Grundstückskauf; vor einem 3/4 Jahr wurden dann keine Lehrlinge mehr eingestellt. Arbeitskleidung wurde nicht mehr herausgegeben; im Herbst 1972 ging das Gerücht von 250 bereits ausgeschriebenen und beim Arbeitsamt angemeldeten Entlassungen um!
Aber eine klare Antwort auf die Frage nach Entlassungen war nicht zu bekommen.

Der Konzernbetriebsrat Gruner & Jahr sah als einzigen Ausweg die Einführung der paritätischen Mitbestimmung. Als ob Mitbestimmung schon in einem Betrieb Entlassungen verhindert hätte.

Auch auf der Betriebsversammlung im Januar war keine klare Antwort zu bekommen. Jedenfalls nicht, was die Arbeitsplätze der Arbeiter anging. Dafür wurde mit Lohnsenkungen gedroht. Dabei sind jetzt schon die Löhne in München die niedrigsten vom ganzen Konzern. Dazu bestehen Lohnunterschiede von 6-15 DM für die gleiche Arbeit. Seit drei Jahren besteht mehr oder weniger ein offiziell verkündeter Lohnstopp!!!!

Aber dieses Drumherumreden um die Entlassungen ist auch eine Antwort. Illusionen macht sich bei uns kaum einer. "Einen feuchten Händedruck werden wir zum Abschied kriegen. Mit Abfindung wie bei den Redakteuren ist bei uns Arbeitern nichts drin!"

Im Tiefdruckhaus in Unterföhring haben die Kollegen bereits ein schwarz umhülltes Podest in der Werkshalle aufgebaut.

Maul halten und dann raus im Namen des Profits, so stellen die Kapitalisten, Gewerkschaftsführer und ihre Staatsvertreter sich das Schicksal für die Arbeiter vor. Wer es bisher nicht glauben wollte, dem wird es jetzt Stück für Stück durch die harte Wirklichkeit eingehämmert. Die Kollegen werden im richtigen Moment diesem System von Unterdrückung und Ausbeutung die entscheidende Antwort geben: Es lebe der Sozialismus!

Lehrling im Druckereigewerbe

Ich fing am 1.8.72 in einer Druckerei als Lehrling an zu arbeiten. In meinem Ausbildungsvertrag stand nichts von einer Erstattung der Kosten für die Fahrt zur Berufsschule. Ich fragte meinen Chef, wie er das regeln wolle. Seine Antwort: "Eure Ausbildungsbeihilfe ist hoch genug. Davon könnt ihr die Busfahrt bezahlen." (Ich fahre jede Woche einmal zur Berufsschule und bezahle für eine Zehnerkarte 51 DM).

Daraufhin ging ich zur Gewerkschaft. Dort erzählte man mir, es sei keine gesetzliche Regelung darüber vorhanden.

Zufällig bekam ich dann den Manteltarifvertrag in die Hände, wo ganz klar steht, dass die Fahrt zur Berufsschule vom Betrieb erstattet werden muss. Obwohl mein Chef den MTV kennt, und er tariflich gebunden ist, hat kein Lehrling seit Jahren Geld gesehen.

Als ich meinen Chef darauf aufmerksam machte, suchte er nach Ausflüchten und kam zuletzt mit der Ausrede, ich besuchte die falsche Schule und nannte mir eine Schule am Ort, wo er keine Fahrtkosten bezahlen müsste. Ich musste mir erst eine Bestätigung von der IHK und meiner Berufsschule besorgen, um zu 'beweisen', dass die Berufsschule, an der ich bisher war, für mich zuständig ist. Als ich die Bestätigung meinem Chef vorlegte, wurde er ganz still und sagte mir ganz kleinlaut, dass er die Fahrt bezahlen wird. Mein Kollege und ich bekamen dann auch noch für zwei Monate nachbezahlt.

Die ganze Sache zog sich über 6 Monate hin, in denen mein Kollege und ich über 400 DM für die Busfahrten bezahlen mussten. Zwei andere Lehrlinge, die bereits ausgelernt haben, mussten zusammen rund 2 000 DM für die Busfahrten aufbringen.

Bei dem o.g. Betrieb handelt es sich um eine kleine Klitsche mit 20 Angestellten.

Mit revolutionärem Gruss

MANNESMANN- ALLE VERRÄTER ABGEWÄHLT!

Kurz nach dem Streik der Stahlarbeiter im Profilwalzwerk bei Mannesmann in Duisburg fanden hier die Wahlen für die Leitung des Vertrauensleutekörpers statt. Bisheriger Vorsitzender war Bünk, von Beruf Gewerkschaftsbeauftragter der Mannesmann-Herren. Nach dem letzten Streik war das Mass voll. Die Kollegen waren entschlossen: Bünk muss weg. Unter dieser Überschrift erschien auch ein Flugblatt des 'Röhrenkieker' (Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann).

Bei der Wahl unterlagen alle bisherigen Leitungsmitglieder gegenüber Kollegen, die sich bei dem Streik auf die Seite der Kollegen gestellt hatten. Bünk erhielt von 302 möglichen Stimmen ganze 78.

USA: BOYKOTT GEGEN PREISSTEIGERUNGEN

Acht Tage lang boykottierten die meisten amerikanischen Hausfrauen die Fleischverkaufsstände. Sie protestierten damit gegen die horrenden Preissteigerungen, vor allem bei den landwirtschaftlichen Produkten.

KLASSE GEGEN KLASSE



SPANIEN: DEMONSTRATIONEN GEGEN POLIZEIMORD AN ARBEITER

Am 2.3. besetzten die Arbeiter dreier Baufirmen in Barcelona eine Baustelle. Den anrückenden Polizisten wurde mutig Widerstand geleistet. Dabei erschoss die Franco-Polizei einen der Arbeiter und verletzte einen anderen schwer. Aus Protest gegen diesen kaltblütigen Mord demonstrierten am nächsten Tag tausende von Arbeitern und anderen Werktätigen. Mehrere Fabriken wurden bestreikt. Ein grosser Teil der Demonstranten forderte den Generalstreik.

STREIK BEI KRUPP-RHEINHAUSEN

Am 26.3. streikten rund 700 Walzwerker bei Krupp in Rheinhausen für zwei Stunden. Der Streik hatte Erfolg. Jeder der Kollegen erhält jetzt 30 Pfennig mehr pro Stunde.

KAMPF GEGEN ANTISTREIKGESETZ

Aus Protest gegen einen Gesetzentwurf, der das Streikrecht einschränken soll, traten am 3.4. 20 000 Arbeiter auf der Insel Viti Levu (Fidschi Inseln) in den Streik.

ENGLAND: SCHAUERLEUTE GEGEN ANTI-STREIKGESETZ

Mehrere Tage streikten die 8000 Schauerleute des Londoner Hafens gegen das Lohnstopp- und Antistreikgesetz der Heath-Regierung.

HOLLAND-KUMPEL FORDERN 15%

Die Kumpel der Zeche Holland in Wattenscheid haben für die kommende Bergbautarifrunde die Forderung nach 15% mehr Lohn aufgestellt.



Die Forderungen der IG Chemie-Führer sind nicht unsere Forderungen!

Aus: Roter Glanzstoff, Betriebszeitung der KPD/ML für Glanzstoff in Kassel

Die Bonzen der IG-Chemie 'fordern' 11,5% / 69Pfg.

Die 120 DM, die wir mehr bekommen sollen, langen nicht hinten und nicht vorne. Dabei ist jedem klar, dass in den Tarifverhandlungen nochmals Abstriche gemacht werden. Bei uns sollen auch nur 8,5% rausspringen. Das haben Kapital, Regierung und Gewerkschaftsbonzen schon längst hinterverschlossenen Türen ausgemauschelt.

Sie wollen uns sogar die Diskussion über die Forderungen verbieten. **So schreiben sie in einem Brief vom 27.2. an die Vertrauensleute: "Sicherlich wird in dem einen oder anderen Betrieb die Frage diskutiert, ob die Art und die Höhe der Forderungen richtig sind. Wir glauben nicht, dass uns solche Diskussionen weiterbringen, da zu erwarten ist, dass die Arbeitgeber diese Forderung als weit überhöht bezeichnen..."**

Aber wir lassen uns von den Bonzen nicht den Mund verbieten. Wir sind uns einig, dass wir eine gepfefferte Lohnerhöhung brauchen, um die steigenden Preise und Steuern verkraften zu können. Wir lassen uns kein Lohndiktat aufzwingen!

200 DM mehr für alle!
1250 DM Netto-mindestens!

Heraus zum Roten 1. Mai 1973!

Maiplakat der KPD/ML



Dieses Gedicht wurde uns von dem Arbeiter K.S., Dortmund, Zum 1. Mai 1973 zugesandt.

Mitbestimmung, Fortschritt und Stabilität,
das knallt mir noch von den Wahlen in den Ohren.
Jetzt wird es aus der Mottenkiste neu geboren.
Alle wollen nur für uns 'das Beste' –
DGB, SPD, D'K'P – jeder Bonze hat auf einmal eine reine Weste.
Die Parole heißt Demokratie.

Doch das Versprochene kriegen wir nie.
Was sind denn die Notstandsgesetze?
Wie stehts denn mit der Ausländerhetze?
Oder das BVG? – Den Zwist überlisten
zwischen Proleten und Kapitalisten.

Auf unseren Knochen und unsere Kosten
haben diese 'Vertreter' einen ruhigen Posten.
Auf unserem Rücken lasten Mehrwert und andere Steuer.
Die Lebensmittel waren noch nie so teuer.
Konjunkturgerechtverhalten ist ein Hohn.
Das raubt uns den letzten Groschen vom Lohn.

So bleibt der Kampf gegen steigende Preise.
'Erkenntnisse' a la DGB, SPD, D'K'P sind Scheiße.
Kollegen, denkt daran, es ist nie zu spät
– siehe England – für die Klassensolidarität.
Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will.

Jeder sagt sich: Mir reichts, und das sehr.
Eine Arbeiterpartei muß her,
die ein Ende macht mit dem Schwindel.
Zum Teufel mit dem Gesindel.

Arbeiter, werktätige Bauernschaft,
Studenten, besinnt euch auf eure Kraft.
Fallt nicht auf der Verräter Schwindel rein –
Klassenkampf muß die Losung sein.

Kommunistische Partei (KPD/ML) und Arbeiterklasse
das ist die richtige Masse,
im Bündnis mit den werktätigen Bauern
zerschlägt es die kapitalistischen und verräterischen Mauern.

Kollegen, kämpft für Revolution und Arbeitermacht.
Reiht euch ein und tretet ein in die KPD/ML.

* *

Mit denken

müssen wir am 1. Mai an den tausendfachen Verrat der DGB-Bonzen an Arbeiterinteressen.

Mit bestimmen

müssen wir am 1. Mai, dass alle klassenkämpferischen Gewerkschafter sich von den Bonzen trennen und ihren Platz in den Reihen der revolutionären Maidemonstrationen einnehmen.

Mit verantworten

werden die Bonzen die Verbrechen der Ausbeutung, Unterdrükkung und Spaltung der Arbeiterklasse, wenn der Tag der Abrechnung mit der Kapitalistenherrschaft angebrochen ist.

Das Programm des Berliner DGB zur 1.-Mai-Feier: „1. Opening. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Potpourri; Work Song; Der Mai ist gekommen; If I Had a Hammer. 2. Begrüßung durch Walter Sickert, Vorsitzender des DGB-Berlin. 3. Erste Diskussionsgruppe: ‚Paritätische Mitbestimmung'. 4. Musik-Schau Olivia Molina, Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester, Solist Eugen Cicero: a) Glory, Glory, Hallelujah; b) Schön ist die Welt; c) So oder So (Olivia Molina); d) Godfather (SFB-Tanzorchester, Solist: Milo Pavlovic); e) La Bamba (Olivia Molina). 5. Zweite Diskussionsgruppe: ‚Gewerkschaften heute'. 6. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Manhattan Spiritual. 7. Ansprache durch Walter Sickert. 8. Brüder zur Sonne zur Freiheit, gemeinsames Lied, begleitet vom SFB-Tanzorchester."

Hannover:

Jugend'fürsorge'

Jugendliche brauchen und suchen Kontakte zu Gleichaltrigen für Unterhaltung, zur Besprechung ihrer Probleme und für den Sport. Was sie vorfinden, sind schummerige Beatlokale, Discotheken, Cafe's, Tanzbars, Kinos, Moderummel und Eisdielen. In den bestehenden Freizeitheimen der Städte finden sie auch keine Möglichkeiten ihre Interessen zu verwirklichen, dafür aber Hausordnungen. Langeweile ist aber nichts für junge Menschen. Lieber irren sie auf der Strasse herum.
Die Schlagworte Rocker, Ausgeflippter, Jugendkriminalität, Alkoholismus Hasch usw. das ist das Werk der kapitalistischen Herrschaft, die den Jungen und Mädchen nichts anderes anzubieten haben als Ausbeutung am Arbeitsplatz, Konkurrenzdenken, Zurechtbiegen nach dem Mass, Beat, Pop Porno, 'Underground' und anderen Maschen der Freizeitindustrie.

Wie in vielen anderen Städten setzten sich in Hannover Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler zusammen, um der Lage abzuhelfen. Ihr Ziel war ein unabhängiges Jugendzentrum, wo sie selbst ihre Freizeit gestalten konnten. Die Initiativgruppe Jugendzentrum wandte sich mit Fragebögen, Handzetteln und Unterschriftensammlungen an ihre Altersgenossen in den umliegenden städtischen Freizeitheimen, Schulen und Kneipen. Die Sache schlug ein. Weil die Stadt Hannover ihnen die kalte Schulter zeigte, besetzten einige hundert Jugendliche ein leerstehendes Bürogebäude. Die Stadtväter rangen die Hände und prophezeiten das Chaos. Aber alles klappte ausgezeichnet. Es wurden Räume zum Wohnen hergerichtet, eine Kantine entstand, in den verschiedenen Räumen nahmen Musik-, Arbeits- und Diskussionsgruppen ihre Tätigkeit auf.

'Höheren Orts' sah man der Sache mit zunehmenden Unwillen zu. Man konnte doch nicht angehen lassen, dass Jugendliche in ihrer Freizeit ihre Bedürfnisse selbst bestimmen wollen, dazu noch gegen die heilige Kuh Privateigentum.

Die Stadtverwaltung ging im März 1972 zu härteren 'Argumenten' über. Wo es das Kapital juckt, tauchen Polizisten auf, in rauhen Massen. In diesem Fall zählte die grüne Streitmacht ca. 1000 Mann (davon 400, die das besetzte Haus stürmten). 2 Panzer, 2 Wasserwerfer, einige Lastwagen und Hundestaffeln unterstützten die Aktion gegen die 200 bis 300 Hausbesetzer. Die verteidigten sich zäh, aber dank ihrer Übermacht schafften es die dreindreschenden 'Ordnungskräfte', das Haus zu erstürmen. 108 Jugendliche wurden festgenommen, durchsucht und z.T. erkennungsdienstlich behandelt.

Am nächsten Tag demonstrierten über 2000 Jugendliche gegen die Schlägereien der Polizei.

Ein Jahr später, am 26.März 1973, begannen die 'Arndtstrassenprozesse' wegen "schwerwiegender Störung der Sicherheit und Ordnung". Schadensersatzforderungen in Höhe von 14 000 DM an alle 108 Verhafteten tauchen auf, Anklagen wegen Hausfriedensbruch, wegen versuchten Totschlags (!), Widerstands gegen die Staatsgewalt (gleich Kapitalinteressen) und Waffenbesitzes (2 der Jugendlichen hatten ein Fahrtenmesser, einer eine Gaspistole, macht zusammen 3 gefährliche Mordinstrumente).

Gegen die Prozesse demonstrierten 200 und am nächsten Tag 500 Jugendliche.

Gegen die inzwischen entstandenen weiteren unabhängigen Jugendzentren wird mit allen Schikanen vorgegangen: Es wurden Strom und Wasser gesperrt und in Abwesenheit der Bewohner sogar Feuer gelegt.
Die Genossen der KPD/ML aus Hannover unterstützen den Kampf nach Kräften.

Sie sind dabei, den Jugendlichen zu erklären, dass das Aufbegehren und der spontane Kampf allein nicht ausreichen. Es kann nicht die Gewinnung eines 'Hausrechts' bleiben. Es gibt inmitten des kapitalistischen Systems keine freien Inseln. Dieser Kampf der Jugendlichen muss sich einreihen, in den Kampf gegen das gesamte kapitalistische System. Er muss sich einordnen in den Kampf der Arbeiterklasse für die Revolution, für den Sozialismus. Dazu müssen sich die Jugendlichen in der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML bzw. ihrer Jugendorganisation, der Roten Garde, organisieren.

Revisionistisches

Stamokap - Einstand

In der UZ Nr. 14 vom 6.April wird ein Teil der Erkläung der jetzt zur D'K'P übergetretenen Stamokap-Gruppe abgedruckt. Unter der Überschrift: Die Konsequenz heisst: Die DKP stärken! – heisst es dort unter anderem:

Dies (die Stärkung der D'K'P- die Red.) ist gerade in der heutigen Phase der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus besonders wichtig, weil der ideologische Kampf ständig an Bedeutung gewinnt und das Erstarken des Sozialismus es möglich macht, Kriege weitestgehend zu verhindern. **(Die USA ziehen sich nicht wegen militärischer Unterlegenheit aus Vietnam zurück.)** – (Hervorhebung RM)

Nach Ansicht der Herren Stamokap hat also das vietnamesische Volk zwar ganz gut gekämpft – aber völlig umsonst. Denn entscheidend für seinen Sieg war nicht sein bewaffneter Kampf, sondern das Erstarken des Sozialismus'. Und da hat offenbar Herr Breschnew so überzeugend auf Herrn Nixon eingeredet, dass die US-Imperialisten, die jahrzehntelang das vietnamesische Volk mit Bombenterror bekämpften, plötzlich einsahen, dass das falsch war.

Das aber ist ein wirklich ungeheuerlicher Varrat der frischgebackenen D'K'P-ler am Kampf des vietnamesischen Volkes. Eine Beleidigung, die ganz auf der Linie der offenen Lügen der Bachmann-Clique liegt, die ja erst kürzlich behauptet hat, die Provisorische Revolutionsregierung sei gegen die Parole: Für den Sieg im Volkskrieg!

Das zeigt aber weiter, warum die D'K'P gestärkt werden soll. Nicht um in einer starken kommunistischen Partei den Kampf entschlossen zum Sturz des kapitalistischen Systems führen zu können – nein. Jeder, der in die D'K'P eintritt, stärkt nach Ansicht der Stamokapler den Sozialismus, trägt also dazu bei, den Krieg, in diesem Fall den Bürgerkrieg gegen die westdeutsche Bourgoiesie überflüssig zu machen, kampflos die Macht im Staat zu erringen.

Vielleicht sind die Herren Stamokapler so freundlich und teilen uns einmal mit, von welcher mitgliederzahl der D'K'P an sie den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in Westdeutschland für vollzogen halten.



"LEHREN" AUS DEM VIETNAMKRIEG

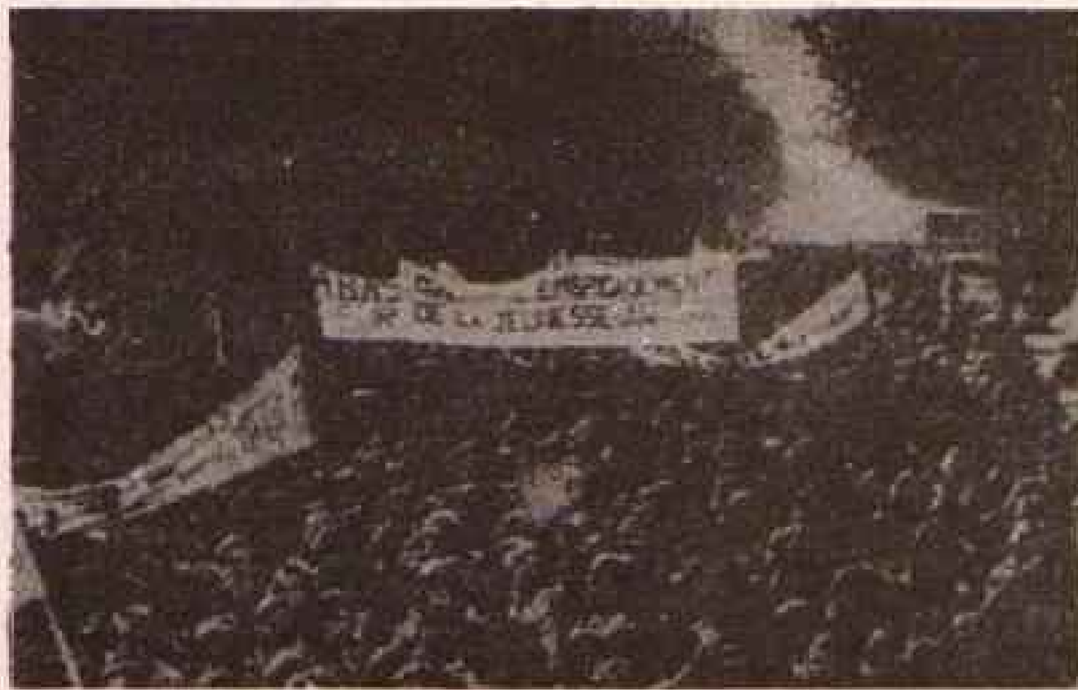


*) Zitat aus: "[illegible]" Nr. 3 und Nr. 4/73

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Frankreich:

Heftigste Kämpfe seit dem Mai 1968!



Hunderttausende demonstrierten gegen das 'Gesetz Debre'

Bereits seit zwei Wochen stehen die Renault-Arbeiter in Paris im Streik. Ungefähr genauso lange dauert nun bereits der Kampf der Schüler und Studenten gegen das Wehrgesetz des ehemaligen Kriegsministers Debre. Fast täglich gab es in Paris Demonstrationen mit bis zu 600 000 Teilnehmern. Seit dem Beginn des Streiks bei Renault ziehen die Demonstranten an den Fabriktoren vorbei, fordern die Arbeiter auf, den Kampf gemeinsam zu führen. Bei den Kundgebungen der Jugend erschien eine Delegation von Renault-Arbeitern, bei den Demonstrationen marschieren zunehmend mehr Eltern, Arbeiter und andere Werktätige mit.

Zu einem Höhepunkt der Kämpfe kam es Anfang April in Strassburg. Als Polizei die aus Protest gegen das Wehrgesetz besetzte Universität räumen wollte, kam es zu einer Strassenschlacht. Die Studenten wehrten sich mit Steinen, errichteten Barrikaden. Ein Student wurde lebensgefährlich verletzt.

Was es mit den Lügen der bürgerlichen Presse über die ablehnende Haltung der Bevölkerung auf sich hat, zeigt auch folgendes kleines Beispiel. Ein Polizist, der bei der Strassenschlacht in Strassburg verletzt worden war, wollte im Krankenhaus versorgt werden. Der diensttuende Arzt, gerade mit dem wie tot daliegenden Studenten beschäftigt, fragte den Polizisten, ob er von der Demonstration komme. Als er bejahte, sagte der Arzt: "Sehen Sie sich hier ihre Arbeit an", und schickte den Bullen weg.

Diese Welle des Hasses, die den Vertretern des Staates überall in der Bevölkerung entgegenschlägt, hat die französische herrschende Klasse bereits einmal gespürt: Im Mai 1968. Die Angst davor steckt ihr auch heute in den Knochen.

"Die Regierung hat Angst"

"Ich war zu der Zeit, als die Aktionen der französischen Schüler und Studenten begannen, gerade in Paris. Erst noch einmal dazu, was das Gesetz des Kriegsministers Debre bezweckt: Danach sollen nicht nur die Studenten während ihrer Studienzeit jederzeit zum Militärdienst eingezogen werden können. Es müssen vielmehr alle Jugendlichen mit 18 Jahren zum Wehrdienst, egal, ob sie noch in der Ausbildung sind oder nicht. Viele Gymnasiasten werden damit also mitten aus der Schule herausgerissen. Für viele ist unsicher, ob sie die Schule hinterher beenden können. Deshalb gehen gerade so viele Schüler gegen dieses Gesetz auf die Strasse.

Von Anfang an streikten fast alle Gymnasien in Paris. An den Wänden der Schulen stand riesengross: En Grève – Im Streik. Auch in den Metro-Stationen, an den Wänden – überall Parolen gegen dieses Gesetz. Die Bevölkerung wird mit teilweise handgemalten Wandzeitungen über das Gesetz und über den Streik aufgeklärt. Nach meinem Eindruck war die Haltung der Bevölkerung zum Kampf der Jugendlichen überwiegend positiv.

Der französische Staatsapparat rüstete sich auch: In ganz Paris fuhren Mannschaftswagen herum, teilweise mehrere Hundertschaften, ausgerüstet mit Helmen, Knüppeln und Visier.

Bei einer Demonstration vor einem bestreikten Gymnasium kam ich mit einigen Schülern ins Gespräch. Alle, Jungen wie Mädchen, waren für entschlossenen Kampf. Als ich sie fragte, was sie zu dem bürgerkriegsähnlichen Bild der Stadt meinen, sagten sie nur:

"Die Regierung hat Angst."

Folterspezialisten als Anwälte der Menschlichkeit

'Bild' und andere bürgerliche Zeitungen haben wieder einmal ihr Herz für den leidenden Menschen entdeckt: Folterungen in Vietnam. Die Auftraggeber der Lohnschreiberlinge meinen natürlich nicht die grauenvollen Quälereien, denen die vietnamesischen Patrioten und Freiheitskämpfer in den KZ-Lagern und in den Gefängnissen des Saigoner Regimes von US-Gnaden ausgesetzt sind.
Die Fürsorge der Meinungsmacher-Zunft gilt den ehemaligen US-Kriegsgefangenen, die jetzt bis auf den letzten Mann von der Demokratischen Republik Vietnam heimgeschickt wurden. Diese Bomberpiloten – oder Geheimdienstagenturen – verbreiten nun, sie seien in der Gefangenschaft gefoltert und mit Schlägen und Drogen traktiert worden. Was ist von dieser Anschuldigung zu halten?

Die US-Regierung hat verschiedene Vietnam-Heimkehrer als ehrlose Subjekte und Vaterlandsverräter beschimpft. Das sind Soldaten, die sich im Gefangenenlager in einem Friedenskomitee zusammengeschlossen haben und über Radio Hanoi die USA zur Einstellung des Bombenterrors aufgefordert hatten.

Jetzt werden diese Bekenntnisse als Ergebnis von Folterungen oder eben als 'Verrat' hingestellt. Wen wundert's?

Die Weltöffentlichkeit und vor allem grosse Teile des amerikanischen Volkes glauben nicht mehr an das Gerede von der zu verteidigenden Freiheit.

Das amerikanische Volk hat die schwere Niederlage der Weltmachtpolitik eines Nixons und der dahinterstehenden Kreise des 'big Business', der Industrie und Hochfinanz erlebt.

Die Lüge des 'heiligen Kreuzzugs für Freiheit und Zivilisation' ging unter angesichts der Greueltaten und Massaker.

Mit Gewehren bewaffnete Partisanen sind stärker als eine Supermacht mit ihrer Bomberzivilisation. Die Maske des 'immer gerechten und friedliebenden' US-Staates ist gründlich im Eimer. Grosse Teile des amerikanischen Volkes sehen heute mit Schrecken, welche Gangsterpolitik unter diesem Deckmantel betrieben wurde.

In dieser Lage braucht die Nixon-Regierung Helden.

Also zeigt man mit Triumph einen GI mit Zigarettenbrandwunden her – weiss der Teufel wie er dazu gekommen ist. Natürlich müssen die 'roten Untermenschen', die 'dinks', die 'gooks' Schuld an den Brandwunden dieses Herrn sein. Der Märtyrer ist gefunden, der Beweis ist erbracht, dass die 'antiamerikanischen Äusserungen' der anderen US-Soldaten nur auf Grund von Folterungen zustande gekommen sein können. Das Make-Up von Frieden und Demokratie ist wieder aufgefrischt.

Das wenigstens ist die Absicht der Wallstreet-Propagandisten. Aber so einfach ist das heutzutage nicht mehr. Die Märtyrer, die die Nixon-Regierung zu bieten hat, sind ein bisschen blass.

Was sind denn das für Helden, die wegen angeblicher Folterung mit Zigaretten schon die 'patriotische Gesinnung' verlieren? Die Wahrheit ist, dass das Gangstermilieu vor Wallstreet keine Menschen hervorbringen kann, die bereit sind, für die 'Ideale' des US-Imperialismus zu kämpfen und zu sterben.

Stoppt die Massenmörder in Saigon!

Wahre Helden und Patrioten hat es gegeben in diesem Krieg, die vietnamesischen Freiheitskämpfer, die haben allen Bestialitäten, jedem Terror, allen Foltern und Qualen standgehalten. Bis heute, nach Abschluss des Waffenstillstandes werden vietnamesische Menschen, Freiheitskämpfer und Patrioten in den Thieu-KZs gemartert und umgebracht.

Ihr Sterben ist ein langsames Verröcheln und Krepieren unter Folter- und Hungerqualen. Über 200 000 Gefangene leben als Tote auf Abruf. Auf der KZ-Insel Con Son verrotten sie in winzigen Betongruften. Die Wächter schinden sie auf jegliche Art, sie urinieren u.a. in die Kerkerlöcher und werfen ungelöschten Kalk hinunter. Die teuflische Phantasie der Folterspezialisten unter CIA-Anleitung stellen die perversesten Träume eines Marquis de Sade in den Schatten: Bambussplitter unter die Nägel, Zerschmettern der Gelenke, Zerquetschung der Hoden, Pressluft in die Gedärme, Quälereien mit Strom und Nagelpeitschen – das sind einige der Methoden aus dem grausigen Repertoir der Imperialistischen Mörder.

Diese Märtyrer für die Freiheit ihres Landes vom imperialistischen Joch, diese Vorkämpfer des Sozialismus verdienen unsere Bewunderung, unseren verstärkten Einsatz zu ihrer Rettung, zur Unterstützung der gerechten Sache des vietnamesischen Volkes.

Westberlin:

Besatzer stecken zurück!

Die traditionelle Heerschau der westlichen Alliierten in Westberlin wird von diesem Jahr an nicht mehr stattfinden. An ihre Stelle soll eine kurze Parade vor dem Charlottenburger Schloß treten.
Hinter dieser 'Protokolländerung' steht die Angst der westlichen Militärs vor den Protesten der Bevölkerung. Störungen der Parade durch antiamerikanische Demonstrationen, nannten sie auch selbst als Hauptgrund für ihren Rückzug.

Wir erhielten dazu aus Westberlin folgenden Bericht:

Der Höhepunkt des Protestes gegen die alliierten Truppen war im letzten Jahr. Ich weiss noch, dass am Tag zuvor eine Filmveranstaltung der Partei lief, auf der aufgerufen wurde, sich am Protest gegen die Besatzer zu beteiligen. Wir sammelten uns am nächsten Tag an der Strasse des 17. Juni und nahmen kleine Tücher und Vietcong-Fähnchen mit. Die Strasse war kurz vor Beginn der Parade von vielen Schaulustigen umsäumt - und von Horden von Neubauer-Schlägern und Besatzer-Polizei. Sie hatten angekündigt, dass bei der Parade mit scharfer Munition gefahren und notfalls geschossen werde.

Man merkte richtig, dass sie Angst hatten. Aber was dann kam, muss allen Besatzerfreunden, ihren Helfern und vor allem den Besatzern selbst ein knallender Schlag ins Gesicht gewesen sein.

Schon als die ersten Vorausformationen auftauchten, brach aus tausend Kehlen ein wütendes 'Buh' los. Einige tausend Fähnchen und rote Tücher tauchten plötzlich aus der Menge auf. Als die Marschkolonnen der US-Besatzer anrückten, brach ein Orkan los: Pfeifkonzert, wehende Fähnchen, Fäuste und Tomaten. Sprechchöre: "Ami go home! Besatzer raus aus ganz Deutschland!" "Tomi go home! IRA!" wurde den Briten ins Gesicht geschrien. "Dien Bien Phu" den Franzosen. Vor lauter Verwirrung hörten sogar einzelne Militärkapellen zu spielen auf.



17. Juni 1972 in Westberlin: AMI GO HOME!

Die Parade lief zwar zu Ende. Aber die Alliierten hatten hier alles andere als ihre Grösse demonstrieren können.

Die Demonstration der Bevölkerung fand anschliessend statt. Über 10 000 Menschen zogen gegen den Bombenterror in Vietnam durch die Arbeiterviertel Westberlins.

Nun wollen die Alliierten also vor der Bevölkerung flüchten: Vor das Charlottenburger Schloss, wo das Gelände umzäunt ist. Aber man wird ja sehen, ob sie da die Ruhe finden, die sie sich wünschen."

Die 'neue' Heilslehre Stamokap

Die SPD steht vor ihrem Parteitag und wieder einmal in der Krise. Auf ihrem Parteitag wird diese 'demokratische Partei' mit den altbewährten Tricks dieser 'Demokratie' ihre Krise überwinden und das helle Image herausputzen. Die Antragskommission, die die eingegangenen Anträge an den SPD-Parteitag behandelt, filtert bereits kräftig aus. 'Linke' Anträge von der Basis wandern in den Papierkorb oder werden kunstvoll ins Gegenteil umformuliert. Auf dem Parteitag selbst werden einige Juso-Führer Pöstchen erhalten, andere werden weiter kräftig 'Opposition' üben — solche Qualitäten werden im parlamentarischen Schaukelspiel immer wieder gebraucht.

Auf der anderen Seite haben wir auch festgestellt, dass die Krise in der SPD eine Krise des Parlamentarismus widerspiegelt. Für viele klassenkämpferische SPD-Anhänger wird nach dem Parteitag der SPD der Schleier der 'parlamentarischen Demokratie' über die Diktatur des Kapitals etwas durchsichtiger werden — dann, wenn diese SPD-Anhänger sehen, wie alles schön beim Alten bleibt.

REVISIONISTEN FORMIEREN SICH

Wir haben auch festgestellt, dass die D'K'P-Revisionisten mit der wachsenden Arbeiterbewegung und der damit einhergehenden Krise des Parlamentarismus und der Krise der SPD, herbeieilen, um sich als bessere Flickschuster am zerschlissenen Gewand dieser 'Demokratie' zu betätigen. Der Übertritt der ehemaligen Jusos um Eckert in Frankfurt zur D'K'P zeigt diese Entwicklung deutlich. Die Eckert-Gruppe steht an der Spitze einer breiteren Bewegung in der Jugend, die am 4-jährlichen Wahlspektakel, an der Bonner Schwatzbude, keine rechte Freude mehr finden; die sich konkret die Frage stellen:

Welche Rolle spielt im Widerspruch von Kapital und Arbeit eigentlich der Staat, wie müssen wir uns zum Staat stellen, wenn wir den Ausweg aus diesem System erkämpfen wollen?

Die Antwort der D'K'P heisst: Stamokap, die 'Theorie' des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Diese Theorie, so sagt die D'K'P, ist weiterentwickelter Marxismus-Leninismus. In Wirklichkeit ist es ein übler Trick, um den Charakter dieses Staates zu verschleiern, die Notwendigkeit der Revolution zu leugnen. Als Antwort erhalten die SPD-Abtrünnigen auf ihre Fragen eine Kette ums Handgelenk, die sie an das herrschende System und seinen Staat fesseln soll.

Was ist Stamokap?

Was schreibt die UZ der D'K'P zum Stamokap?

"Mit Stamokap wird der gegenwärtige Entwicklungsstand es Kapitalismus in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bezeichnet."

Gut, Eisenbah, Post, Riesenkonzerne sind in Staatsbesitz, oft als Monopol. Der Staat beschäftigt hunderttausende Arbeiter, Angestellte, Beamte. Der Staat greift immer häufiger als Regulator' in das Wirtschaftsgeschehen ein.

Aber wie! Die Eisenbahn macht insgesamt nur Defizite — kein Kapitalist will sie als Privatbesitz. Er ist daran interessiert, billige Frachtmöglichkeiten zu haben — sollen die Millionen Steuerzahler die Defizite der Bundesbahn zahlen. VW bringt keine Profite — Verstaatlichung; VW ist mit Steuergeldern saniert und bringt wieder Profite — Reprivatisierung. So reguliert der Staat die kapitalistische Wirtschaft. Er reguliert die Maximalprofite der Kapitalisten auf Kosten der Werktätigen, das ist seine wirtschaftliche Funktion. Diese wirtschaftliche Funktion kann noch so mächtig aussehen, der Staat als Kapitalist tritt nie in Konkurrenz zu den Privatkapitalisten, vielmehr dient er ihnen. Der Staat und das Staatsunternehmen hierzulande widerspricht nicht dem System der Ausbeutung, der privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, der planlosen Anarchie der Produktion — er gehört vielmehr dazu.

Daher warnt Lenin:

" ...zu den meistverbreiteten Irrtümern gehört die bürgerlich-reformistische Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus seie schon kein Kapitalismus mehr, er könne bereits als 'Staatssozialismus' bezeichnet werden und ähnliches mehr. Eine vollständige Planmäßigkeit boten die Trusts natürlich nicht, bieten sie bis auf den heutigen Tag nicht und können sie nicht bieten. Soweit sie auch Planmäßigkeit bieten, soweit die Kapitalmagnaten den Umfang der Produktion in nationalem und internationalem Maßstab auch im Voraus berechnen, soweit sie die Produktion auch planmäßig regulieren — wir verbleiben trotz allem im Kapitalismus..."

STAAT IST UND BLEIBT HERRSCHAFTSINSTRUMENT DER BOURGEOISIE

Genau diese reformistischen 'Staatssozialisten' sind die D'K'P-Führer mit ihrer Stamokap-Theorie. Die UZ schreibt: "Staatsmonopolistischer Kapitalismus bedeutet also nicht einfach Unterordnung des Staates unter die Herrschaft der Monopole, sondern die Verschmelzung beider zu einem politischen und ökonomischen Herrschaftsinstrument (der Monopolherren) ..."

Die Revisionisten haben also etwas ganz neues entdeckt. Lenin stellte schon vor 50 Jahren fest, dass natürlich Monopolherren wie Krupp einen bestimmenderen Einfluss auf den Staat ausüben, als die kleinen Krupper im Hinterhof mit 4 angestellten Arbeitern. Das hat er gemeint, als er von Unterordnung des Staates unter die Monopolbourgeoisie sprach. Aber so 'einfach' ist das nach Meinung der D'K'P heute nicht. Heute, so sagen sie, sehen wir eine Verschmelzung von Monopolen und Staat zu einem neuartigen politisch-ökonomischen Herrschaftsinstrument.

Was dahinter steht, ist folgendes: Aus der einfachen Tatsache, dass der bürgerliche Staat zunehmend bestimmte wirtschaftliche Aufgaben im Interesse der Kapitalisten wahrnehmen muss, die absolut nichts am System der Ausbeutung, Konkurrenz und Planlosigkeit ändern, **wird eine neue 'Staatstheorie' entwickelt.** Staat und Monopolkapital bilden plötzlich nach Stamokap ein totale Verschmelzung, etwas Untrennbares.

Die Arbeiterklasse interessiert nun nicht, ob sie in einem Staatsbetrieb im Interesse des Kapitals, oder ob sie direkt durch den Kapitalisten ausgebeutet wird. Die Arbeiterklasse interessiert, wie sie die kapitalistische Ausbeutung, die Kapitalisten abschaffen kann. Und hier kommt die D'K'P mit Stamokap und verdunkelt mit ihrer 'Verschmelzung' genau die wesentliche, die politische Funktion des Staates: Gewaltinstrument zum Schutz der Kapitalistenherrschaft unter dem Deckmantel 'Staat des ganzen Volkes', 'Demokratie'.

Der Ratschlag der D'K'P-Revisionisten: Durch Klassenkampf das 'Kräfteverhältnis' zwischen Arbeiterklasse und Grosskapital ändern, den wirtschaftlichen **und damit den politischen zurückzudrängen'** — und schon haben wir sie: die 'antimonopolistische Demokratie'.

Hat nicht Friedrich Engels vor fast hundert Jahren geschrieben, dass der Staat das Instrument der jeweils ökonomisch herrschenden Klasse zur Unterdrückung der feindlichen Klasse ist, eine Unterdrückung mittels Militär, Polizei, Justiz, Gesetzen usw.? Hat nicht Lenin geschrieben: "Die Formen der bürgerlichen Staaten sind ausserordentlich mannigfaltig (von der konstitutionellen Monarchie bis zur allerdemokratischsten Republik... a.a.O.), ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle (bürgerlichen) Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie."

MARXISMUS-LENINISMUS ODER REVISIONISMUS?

Stamokap heisst im Klartext: Wir haben heute nicht nur einen ganz anderen Staat, sondern auch einen anderen Kapitalismus. Die UZ schreibt: "Der Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus umfasst sowohl die ökonomische Stärke des gegenwärtigen Kapitalismus, als auch ... die von ihm ausgehenden Gefahren für den gesellschaftlichen Fortschritt."

Gefahren für eine friedliche Weiterentwicklung des Kapitalismus hätte die UZ besser gleich schreiben müssen.

Hinter solchen Sätzen steckt die revisionistische Theorie vom 'Selbstlauf der Produktivkräfte'. Karl Marx hatte nachgewiesen, dass aus dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte (*) gewisse Produktionsverhältnisse entspringen, Eigentumsverhältnisse. Diese Eigentumsverhältnisse werden von der jeweils herrschenden Klasse, die gleichzeitig Eigentümer der Produktionsmittel ist, durch einen staatlichen Machtapparat gegenüber der besitzlosen Klasse verteidigt und beschützt. Nur durch den Sturz dieses staatlichen Machtapparats der Kapitalisten können heute also die besitzlosen Klassen auf die Produktionsverhältnisse einwirken, eine Veränderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse erreichen.

Diese Tatsache wird von der D'K'P und den Stamokaps fein säuberlich umgangen. Hier stellt sich nämlich die Frage der gewaltsamen Revolution, die Frage der Zerschlagung des staatlichen Gewaltapparats der Bourgeoisie. Die D'K'P dagegen vertuscht mit Stamokap den Klassencharakter des Staates, indem dieser zu einem ökonomisch-politischen Verwaltungsapparat gemacht wird, und nicht mehr.

Die revisionistische Theorie des 'Selbstlaufs der Produktivkräfte' bedeutet: Technik, Wissenschaft, Industrialisierung — die Produktivkräfte — wachsen immer mehr an. Damit würde der Staat sein Wesen als Klasseninstrument mehr und mehr verlieren, und immer mehr zum rein ökonomischen Instrument werden. Deshalb könnten die Produktionsverhältnisse mittels des Staates immer schrittweise den veränderten Produktivkräften angepasst werden, **also die kapitalistischen Produktionsverhältnisse würden sich evolutionär verändern.** Der Widerspruch der gesamten Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen entfalteten Produktivkräften und den Schranken der Produktionsverhältnisse wird verabsolutiert, aber der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, der unlösbare Klassengegensatz übergangen.

Reform oder Revolution ?

Die zwangsläufige Entwicklung des Kapitalismus zu immer grösseren und tieferen Krisen und Erschütterungen wird von der D'K'P geleugnet. Sie sieht vielmehr nur **"Gefahren für den gesellschaftlichen Fortschritt" (UZ),** solange die Monopolherren die Macht im (!) Staat ausüben. Ganz klar sagt also die D'K'P, **dass innerhalb dieses Systems ein gesellschaftlicher Fortschritt möglich sei.** Kein Wunder, dass die D'K'P daher aufruft, den 'fortschrittshemmenden Einfluss der Monopole' im Staat zu brechen, die Monopole zurückzudrängen:

"Ziel des Kampfes der arbeitenden Menschen muss sein, nicht nur diese oder jene Verbesserung bzw. Reform im Rahmen des bestehenden Systems durchzusetzen, sondern darüber hinaus eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Überwindung der Macht des Monopolkapitals, eine antimonopolistische Demokratie und schliesslich eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik zu erkämpfen."

Also Reformen über das bestehende System hinaus, d.h. Reformierung des bestehenden Systems. Daraus folgt natürlich der schrittweise und friedliche Übergang von der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur antimonopolistischen Demokratie. Durch die "Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse" werden laut D'K'P die Monopole vom Staat zurückgedrängt, durch Mitbestimmung der Arbeiterklasse in Betrieb und Staat (nach Stamokap nur eine Art Verwaltungsbüro), geben die Monopole vernünftigerweise und freiwillig ihre Macht ab; schliesslich können sie sich dem 'geänderten Kräfteverhältnis' und den ökonomischen Fortschrittsgesetzen nicht entgegenstemmen. Im Bundestag, im Beamtenapparat, Bundeswehr, Polizei, gleichzeitig in den Betrieben wird Mitbestimmung und Demokratie durchgesetzt, und damit die Monopolherrschaft zurückgedrängt; dann haben wir, so sagt die D'K'P, die antimonopolistische Demokratie. Und das ist dann natürlich eine gute Voraussetzung, um die antimonopolistische Demokratie zum Sozialismus weiterzureformieren.

So einfach ist das. Die Revolution ist altes Eisen. Stamokap machts möglich — der Weg zur Arbeitermacht ganz legal und demokratisch. Die Bourgeoisie liefert freiwillig die Waffen ab...



Sie versuchten die Revolution aufzuhalten. Karikatur von W. Deni

Lenin: "Die 'Nähe' eines solchen (staatsmonopolistischen) Kapitalismus zum Sozialismus muss für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, dass man die Ablehnung dieser Revolution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten zu finden ist, tolerant hinnehmen solle."
(Lenin: Staat und Revolution, S.84, Peking 1969).

Kein Klassenkämpfer und Revolutionär, ob Juso- oder D'K'P-Anhänger, darf dem Stamokap-Betrug auf den Leim gehen. In letzter Konsequenz ist das wieder ein 'Godesberger Programm' des 'demokratischen Sozialismus' der SPD. Mit ihrem marxistisch-leninistischen Mäntelchen hat die D'K'P keine andere Aufgabe, als diese revolutionären Kräfte vom Kampf für die Revolution, die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus abzuhalten.

* Produktivkräfte sind: "Produktionsinstrumente, mit deren Hilfe materielle Güter produziert werden, Menschen, die diese Produktionsinstrumente in Bewegung setzen und die Produktion materieller Güter dank einer gewissen Produktionserfahrung und Arbeitsfähigkeit bewerkstelligen — all diese Elemente zusammen bilden die Produktivkräfte der Gesellschaft." (Stalin, Der historische und dialektische Materialismus).

* *

Stamokap in Aktion: Kommunalwahlen

Die D'K'P ist noch bescheiden; ihr Marsch mit Stamokap in den bürgerlichen Staatsapparat fängt an, bei den Kommunen. Nur einige Zitate aus einem einseitigen Artikel der UZ vom 14.4. über die Kommunalwahlen, die obiges bestätigen:

"Die DKP ist eine revolutionäre Arbeiterpartei...

Wir Kommunisten sind im Unterschied zu allen anderen Parteien für eine Mitbestimmung, die sich auf das aktive Handeln der Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften stützt...

Die Deutsche Kommunistische Partei tritt für die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung auch in den kommunalen Betrieben ... ein.

...Die Mitglieder der DKP werden konsequent für die Mitbestimmungsrechte aller in den kommunalen Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten eintreten. Abgeordnete der DKP in den Gemenide- und Stadtpra

der DKP in den Gemeinde- und Stadtparlamenten sind Garanten für ein Wirken in diesem Sinne.

...Die kommunalen Dienstleistungsunternehmen gehören in der Regel ganz oder mehrheitlich den Gemeinden. Ihr Hauptzweck muss in der Befriedigung wichtiger Lebensbedürfnisse der Bevölkerung und keineswegs in der Profitwirtschaft bestehen...

Eine sachkundige Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten wird zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und zur Entwicklung des sozialen Charakters beitragen **und die parlamentarische Demokratie in der Gemeinde wesentlich verstärken."**

* *

Zum Kampf bereit

WAS WILL DIE KPD/ML?

Eine ROTE REVUE für die Aufführung durch AP-Trupps. Herausgegeben von der KPD/ML.

Bestellungen an: 

Antifaschisten, die Faust geballt !

Gerade 40 Jahre ist es her, daß die braune Hitlermeute die Macht ergriffen hat. 12 Jahre hat das Wunder gedauert. 12 Jahre des Schreckens, des Massenmordes. 6 Jahre Weltkrieg. Nie wieder Faschismus! Das hat sich das deutsche Volk geschworen, als der Schrecken der braunen Macht, der KZs und des Völkermordes 1945 sein Ende gefunden zu haben schien.

Heute kriecht der braune Ungeist wieder aus den Ritzen. Doch die Naziherrschaft hat sich tief in den Köpfen der deutschen Arbeiter und Werktätigen eingeprägt. Sie wissen: Hier muß rechtzeitig entgegengetreten werden, damit sich dieses Gespenst kein neues Mal erhebt.

Vor etwa einem halben Jahr, am 28.Oktober 72, wollten sich Faschisten in einem Arbeiterviertel in Dortmund treffen. Die KPD/ML rief auf, die Versammlung zu verhindern. Es war klar, für Faschisten darf es keine Redefreiheit geben. Wir werden am Samstag die Faschisten vertreiben.

Und wir haben die Faschisten vertrieben, wie in der 1. Novembernummer 1972 des Roten Morgen zu lesen ist.

Wie einst vor der Machtergreifung der Faschisten, knüppelte wieder die Polizei des 'demokratischen' Staates für die Faschisten. Sie musste unter dem Protest der Bevölkerung abziehen. Aber sie nahm einige der mutigsten und besten Genossen dabei fest.

Heute nun will die bürgerliche Klassenjustiz sie stellvertretend für alle, die gegen den Faschismus in allne seinen Erscheinungsformen kämpfen, in vorderster Front die Kommunisten, bestrafen.

Man überlege sich, die gleichen Herren, die einst den Hitlerfaschismus munter mitmachten, die gleichen Herrschaften sind es, die heute Antifaschisten vor Gericht stellen. Sie werden angeklagt wegen:

1. Schwerem Landfriedensbruch
2. Besonders schwerem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
3. Gefährlicher Körperverletzung und Diebstahl

Heute wie in den 20-iger Jahren schützen die Büttel des Kapitals das braune Ungeziefer. Sie meinen wohl, sie würden es noch einmal gegen die sich erhebende Arbeiterklasse einsetzen können. Aber Dortmund hat gezeigt, Faschisten und Polizei mussten weichen. Denn der gerechte Kampf wird von den Massen unterstützt.

Der Faschismus muss geschlagen werden, wo er sich zeigt. Diesmal wird die Revolution den Faschismus verhindern.

Der Herr H. Kluthe, Bundestagskandidat der D'K'P, zog in einer wüsten Hetzrede uber die antifaschistischen Kämpfer her. Das sei eine Provokation gegen die Polizei gewesen, erklärte er, sowas würde sich nachher noch gegen demokratische Kräfte wenden, jammerte er, denn die Bourgeoisie nähme sowas nur zum Anlass, um noch härter gegen 'Demokraten' vorzugehen.

Aber Herr Bundestagskandidat Kluthe hatte sich verrechnet. Diese Ammenmärchen zogen nicht einmal bei seinen eigenen Genossen. Mehrere Altgenossen erinnerten sich, dass einstmals ein ADGB und eine SPD mit ähnlichem Geschwätz die Arbeiterklasse dem Faschismus ausgeliefert hatte. Einer zog die Konsequenz, trat aus der D'K'P aus und trat in die KPD/ML ein.



Titelblatt „Die Rote Einheitsfront", Juli 1932



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

WENN DER FEIND UNS BESCHIMPFT...

Liebe Genossen,
ihr habt von mir schon einmal einen Bericht über eine D'K'P-Veranstaltung in Rendsbrug bekommen. Zwei Wochen später fand in Rendsburg wieder eine D'K'P-Veranstaltung statt. Weshalb komme ich jetzt noch einmal darauf zu sprechen,?...

Der Artikel im Roten Morgen muss so gut gewesen sein, dass sich Brammer (D'K'P-Führer von Rendsburg) veranlasst sah eine Erklärung zur Person des 'antibolschewistischen Ernst Aust' (so Brammer) abzugeben. Brammer war ja seinerzeit selbst in der Redaktion des Blinkfür* und konnte somit einiges über Ernst Aust sagen. Neben den für den Klassenfeind üblichen Verleumdungen (Karrierist, grosse Villa usw.) liess er aber noch etwas vom Stapel. Plötzlich platzte er heraus: "Einmal sollte dieser Antibolschewist einen Artikel zur Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking schreiben und als er uns den Artikel vorlegte, da hatte sich dieser Kleinbürger hinter die Beschimpfungen und Verleumdungen der Pekinger Führung um Mao Tsetung gestellt. Von uns wurde der Artikel natürlich abgelehnt."

* Blinkfüer – Zeitung der illegalen KPD, deren Herausgeber damals der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, war.

Kiel

Abschiebung verhindert !

Am 2.4.73 um 14 Uhr verhaftete die Polizei in Kiel ohne jede Begründung den palästinensischen Studenten Achmed Bata. Achmed sollte abgeschoben werden, weil er als Mitglied der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) eine Bedrohung für die BRD sei.

Von der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in seiner Sache wurde er erst gar nicht benachrichtigt. Sein Fall ging gleich zum Ordnungsamt, das ihn vom Fleck weg verhaften ließ, um ihn gleich nach Jordanien abzuschieben.

Zufällig war ein Freund anwesend. Er informierte den Asta, der sofort den Anwalt Batas benachrichtigte. Bata selbst konnte keinerlei Kontakt zur Aussenwelt aufnehmen. Seinem Anwalt verwehrte man den Zutritt zu seiner Zelle.

Dennoch konnte der Anwalt mit einer einstweiligen Verfügung erreichen, dass die Abschiebung um einen Tag verschoben wurde.

Dieser eine Tag genügte. Sofort bildete sich ein 'Komitee für Bata', Massnahmen zu seiner Befreiung wurden beschlossen. Die Blume, das Polizeipräsidium in Kiel, wo Achmed gefangen sass, wurde die ganze Nacht über bewacht, um einen heimlichen Abtransport zu verhindern.

In diesem Komitee waren auch Vertreter der D'K'P. Sie schlugen vor, Jochen Steffen und andere SPD-Grössen, die GEW und die Presse zu informieren. Diese Vorschläge wurden angenommen. Es zeigte sich jedoch, dass diese Bittschriften alles waren, was die D'K'P-Vertreter bereit waren, für die Befreiung Batas zu unternehmen.

Die übrigen Teilnehmer dagegen gingen daran, den aktiven Widerstand zu organisieren. Flugblätter wurden geschrieben und verteilt, in den Kneipen und auf der Strasse wurde die Bevölkerung über den Abschiebungsversuch von Bata informiert. Der Kampf hatte Erfolg.

Gegen Mittag des nächsten Tages konnte eine Delegation des Asta Bata im Gefängnis besuchen. Um 15.30 Uhr wurde Bata aufgrund der stattgegebenen Verfügung freigelassen.

Das zeigt uns ganz deutlich, worin unsere Waffe liegt. Bata selbst sagte auf einer Kundgebung im Anschluss an eine Protestdemonstration, die das Komitee organisiert hatte:

"Die Solidarität ist die einzige wirkliche Waffe, die wir haben."

Die D'K'P rühmt sich nun. Sie verteilt Flugblätter, auf denen sie von 'unseren' Aktionen, 'unserer' Solidarität redet.

Die Tatsachen sind: An der Erstellung gemeinsamer Flugblätter, an der Überwachung der Blume, der Mobilisierung möglichst breiter Massen, hat sie sich nicht beteiligt. Sie hat nur eines getan: Jochen Steffen und andere SPD-Bonzen benachrichtigt.

Die Absicht der D'K'P-Führer ist klar: sie wollen sich als die Helden des Kampfes herausstellen. Sie wollen, dass wir in Zukunft das Schicksal unserer ausländischen Freunde in die Hand des Staates und seiner Politiker legen.

Aber wir haben erfahren, dass nur der solidarische Kampf gegen die Polizei dieses Staates Erfolg gebracht hat. Und diesen Weg werden wir weitergehen.

–Anzeige–

BAND I

PROZESSBERICHT
ÜBER DIE STRAFSACHE DES TROTZKISTISCH-SINOWJEWISTISCHEN TERRORISTISCHEN ZENTRUMS

MOSKAU 1936

190 Seiten
10,-DM

BAND II

PROZESSBERICHT
ÜBER DIE STRAFSACHE DES SOWJETFEINDLICHEN TROTZKISTISCHEN ZENTRUMS

640 Seiten
24,-DM

BAND III

PROZESSBERICHT
ÜBER DIE STRAFSACHE DES ANTISOWJETISCHEN „BLOCKS DER RECHTEN UND TROTZKISTEN"

880 Seiten
32,-DM

Band I 190 Seiten 10,-DM

Band II 640 Seiten 24,-DM

Band III 880 Seiten 32,-DM

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Postscheckkonto:

Hamburg 19 35 72 – 207

Leibesvisitation aufgehoben !

Die Anordnung auf Leibesvisitation bei den weiblichen Angeklagten im Prozess gegen sechs angebliche Mitglieder der RAF musste auf Anordnung des Landgerichts Westberlin zurückgezogen werden. Richter Bernhard begründete dies damit, dass nach Ansicht der Leitung der Untersuchungshaft in Moabit "heftiger Widerstand der Frauen" und Verletzungen zu befürchten seien.

Die westdeutsche und westberliner Klassenjustiz hat damit eindeutig in ihren brutalen Methoden gegen politische Gefangene, die inzwischen international bekannt wurden, ein klein wenig zurückstecken müssen. Die Klassenjustiz wird ihr liberales Mäntelchen aber spätestens bei Beginn des jetzt kommenden Prozesses gegen Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Ingrid Schubert, Irene Goergens, Eric Grusdat und Hans-Jürgen Bäcker wieder abwerfen.

VERANSTALTUNGEN

Düsseldorf:
anlässlich des 6. Jahrestages der Machtergreifung –
Demonstration gegen griechischen Faschismus!
Treffpunkt:
12 Uhr Schadowstrasse/ Jan-Wellem-Platz

Rote Garde Hamburg
Treff: jeden Mittwoch 19 Uhr
'Zum Alten Sängerheim'
Oelkersallee 5
S-Bhf. Holstenstr.

11.4.: 'Unterstützt den Kampf der indochinesischen Völker bis zum endgültigen Sieg'

18.4.: 1.Mai – Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

25.4.: Für die Einheit der revolutionären Jugend zum 1.Mai

Ortsgruppe Dortmund der KPD/ML
Karfreitag, 19 Uhr:
Massaker an Antifaschisten in der Bittermark, 1945
30. April, 19 Uhr:
Veranstaltung zum 1. Mai mit dem neuen Parteifilm:
Die rote Revue
Ort: Jacobsschänke, Weissenburgstrasse.

CHINA :

Kritisiert den Revisionismus , Festigt die Diktatur des Proletariats !

Jeder muss heute eingestehen, im bevölkerungsreichsten Land der Erde, in der VR China, nimmt der Wohlstand der Bevölkerung zu, von Hunger gibt es keine Spur mehr. Deshalb wird heute von bürgerlicher Seite aus versucht, das Beispiel der VR China für die Werktätigen und die unterdrückten Völker der ganzen Welt auf andere Art zu untergraben.

Man stellt China als eine x-beliebige Grossmacht dar, oder man setzt China mit der imperialistisch entarteten SU gleich, oder man behauptet, mit dem zunehmenden Wohlstand würde China zum Kapitalismus zurückkehren. Es ist aber bürgerliches Wunschdenken, zu glauben, die Welt würde sich ewig im Kreise drehen. Der Marxismus-Leninismus lehrt es, die Welt befindet sich in ständiger Bewegung, diese Bewegung bildet der Kampf der Gegensätze. Der Klassengegensatz, der Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeutetem ist es, der die Bewegung der heutigen Gesellschaft bestimmt, dieser Klassengegensatz kann nur auf revolutionärem Wege gelöst werden.

Diese Revolution hat in der VR China schon entscheidende Siege errungen, aber sie ist damit nicht abgeschlossen, sie wird weitergeführt bis zur klassenlosem Gesellschaft, zum Kommunismus. Wer hier auf halbem Wege stehen bleibt, der wird wieder ins Lager des Kapitalismus zurückfallen, wie es sich an der Sowjetunion erwiesen hat. Die alte Ausbeuterordnung versucht sich mit aller Macht zu halten, ist auch ihr Staat zerschlagen, mögen auch die ökonomischen Grundlagen ihrer Ausbeuterherrschaft vernichtet sein, so halten sich ihre jahrhundertealten Einflüsse immer noch im Denken der Menschen, wirken diese Hinterlassenschaften immer noch auf den kulturell-ideologischen Überbau der neuen Gesellschaftsordnung ein.

All diese reaktionären Rückstände können nur auf dem revolutionären Weg des Klassenkampfs beseitigt werden. Ein erster Schlag in diese Richtung war die grosse proletarische Kulturrevolution. Ihre Kraft setzt sich in China heute fort in der 'Bewegung der Kritik des Revisionismus und der Berichtigung des Arbeitsstils'.

Wie schon bei der proletarischen Kulturrevolution, bildet auch in der jetzigen Ausrichtungsbewegung die Jugend die vorwärtstreibende Kraft, auf die sich die Partei in besonderem Masse stützt.

So gibt es in China, gestützt auf den Kampf gegen die revisionistischen Theorien der Trennung von Stadt und Land, der Verhinderung des Zusammenschlusses von Arbeitern, Bauern und Intelligenz eine breite Bewegung, die die ideologische Revolutionierung der Jugend im 'Kampf um den Aufbau des sozialistischen Dorfes' beschleunigt.

"Sich bewusst mit den Arbeitern und Bauern zusammenschliessen, ist bei der jungen Generation zu einer revolutionären Tendenz geworden. Millionen Jugendlicher mit Schulbildung sind aufs Land gegangen, um sich dort zu stählen und reifer zu werden. Eine grosse Anzahl junger Arbeiter, Bauern und Soldaten hat sich an den sozialistischen Universitäten immatrikuliert und so frisches Blut den Kräften zugeführt, die ein Kontingent Intellektueller aus der Klasse der Werktätigen aufbauen. Genährt durch die Mao-Tse-Tung-Ideen ist die junge Generation voller Kampfgeist und wird zum Fortsetzer der revolutionären Sache des chinesischen Proletariats." (HSINHUA, 23. 2. 73).

Dazu mehrere Berichte aus der chinesischen Zeitung 'Kuang Ming Jih Pao':

"Jedes Jahr kommt ein Teil landangesiedelter Jugendlicher in ihre Heimatorte zurück, um ihre Familien zu besuchen. Und hier gilt es, die auf dem Land erfolgte Umerziehung zu konsolidieren. Zu diesem Zweck müssen sie während ihres Verbleibs in der Stadt und zu Hause straff geführt und energisch weitergeführt werden. Die Familienoberhäupter sind angehalten, mit ihnen politisch-ideologisch zu arbeiten. Die Parteikomitees ihrerseits haben folgende Massnahmen eingeleitet:

1. Die Jugendlichen werden zum Zwecke der Durchführung der grossen revolutionären Kritik und des politischen Studiums, sowie der Steigerung ihres Klassenbewusstseins und ihres Wissens um den Kampf der verschiedenen Richtungen organisiert.

2. Sie werden in die Praxis des Klassenkampfes einbezogen, damit sie lernen, bourgeoiser Mentalität und Ideologie Widerstand zu leisten; zugleich werden sie in revolutionären Traditionen und organisatorischer Disziplin geschult." (31.1.73).

"Bei der Entfaltung der Bewegung des Massensports wird besonders darauf geachtet, dass schon Kinder erfasst werden, was seinerseits zur neuerlichen Entwicklung des Sports in den Mittel- und Volksschulen sowie des Freizeitsports führte. Werden Kinder in ihrer Freizeit nicht richtig geführt, werden sie nur zu leicht Opfer bourgeoiser Mentalität." (29.1.73).

Diese herausgegriffenen Nachrichten der chinesischen Presse über den Jugendbereich zeigen:
In China wird nicht vom Klassenkampf zurückgewichen, er wird allseitig weitergeführt. Aus dem Prinzip der untrennbaren Verbindung von Theorie und Praxis heraus, wird an allen Erscheinungen des täglichen Lebens angesetzt, um den Kampf zweier Linien bewusst zu machen.

So werden die Volksmassen zur Wachsamkeit gegen den Klassenfeind erzogen, so verhindert die KP Chinas mit dem Genossen Mao an der Spitze, dass das reaktionäre bürgerliche Gesindel wieder Fuss fasst, darum wird es für das chinesische Volk keine Rückkehr zum Kapitalismus geben

– Anzeige –

Der Rotfront-Verlag Kiel bietet an:

"Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten"

Erstmalig im Verlag der Jugendinternationale, Wien 1927.

Inhalt:

- Rolle und Aufgaben des Kommunistischen Jugendverbands
- Die Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale
- Der wirtschaftliche Kampf und die Arbeit in den Gewerkschaften.
- Der antimilitaristische Kampf des KJV.

84 Seiten, 2.–DM.
Gruppen und Wiederverkäufer erhalten 30% Rabatt.
Bestellungen an: Rotfront-Verlag, 23 Kiel 1, Postfach

Kontaktadresse:



Im Auftrage des Kapitalistenstaats: Polizei räumt Schienen in Bochum

Roter Punkt Bochum

Kampf gegen Tariferhöhung, gegen Teuerung

Im Roten Morgen Nr. 7/73 berichteten wir über die Erhöhung der Tarife der Bochum-Gelsenkirchener-Strassenbahngesellschaft und dem Kampf gegen diese Erhöhung. Die KPD/ML und die Rote Garde riefen zur Bildung eines Kampfkomitees auf, das dann die Aktion Roter Punkt organisierte. Mehrere Demonstrationen fanden inzwischen statt.

Am Mittwoch, den 21. März gingen in Bochum 500 Demonstranten auf die Strasse, es kommt zu einer kurzen Schienenblockade. Die Polizei geht dabei äusserst brutal vor. Demonstranten und auch Passanten werden getreten und geschlagen. Mehrere werden verhaftet und verletzt.

Am Montag, den 26.3. findet eine kleinere Demonstration in Bochum statt.

Am Freitag, den 30. März demonstrieren ca 200 in Gelsenkirchen.

Am Samstag, den 31. März demonstrierten ca 700 in Bochum. An dieser Demonstration nimmt auch die von der D'K'P gegen das Kampfkomitee gegründete Bürgerinitiative teil. Gegen den Willen der D'K'P werden die Schienen blockiert. Die Bullen rücken von allen Seiten an, es gelingt ihnen, einen Keil in die Demonstranten zu treiben und eine Gruppe von Demonstranten zu umzingeln. Jetzt, wo es notwendig ist, diese Demonstranten wieder freizukämpfen, ruft ein D'K'P-Funktionär auf, von den Schienen zu gehen und sich am Husemannplatz wieder zu treffen. Die Folge: Verwirrung in den Reihen der Demonstranten. Es gelingt noch, den Bullenangriff zurückzuschlagen, aber die Demonstration zersplitterte sich. Am Husemannplatz wird dann die Demonstration aufgelöst. Aber spontan schliessen sich etwa 200 Demonstranten zusammen und blockieren nach Guerillataktik an vielen Verkehrsknotenpunkten kurzfristig die Schienen, bevor die Polizei eingreifen kann.

Am Samstag, den 7. April kommt es zu einer weiteren Demonstration. Wieder werden die Schienen blockiert. Zwar sind die Fahrpreiserhöhungen bereits durchgeführt, aber der Kampf geht weiter, es geht jetzt nicht nur noch gegen Fahrpreiserhöhungen, sondern bereits gegen die allgemeine Preistreiberei.

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DIE D'K'P!

Während des Kampfes war es im Kampfkomitee kurzfristig zu einer Schwankung gegenüber der D'K'P gekommen. Einige meinten, man müsse dem D'K'P-Spalterprodukt 'Bürgerinitiative', die Aktionseinheit antragen, um die Reihen zu stärken. Es wurde mit der D'K'P verhandelt. Ihre erste Forderung: Die Parole 'Kampf der Preistreiberei der SPD/FDP-Regierung' darf nicht mitgeführt werden.

Das hat denn doch wieder einmal bestätigt, worum es der D'K'P geht: Bei den Kämpfen dabei zu sein, um das Schlimmste (für das Kapital) zu verhindern, aber ja nicht zeigen, wo der Feind sitzt; dem Kampf nicht die Stossrichtung zum Sturz des Kapitals und seiner Regierung, auf das Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates geben.

Die D'K'P als Organisation ist und bleibt eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Sie ist unser Gegner und mit dem Feind kann man keine Kampfbündnisse abschliessen. Dies wurde auch eingesehen, die Aktionseinheit setzte sich nicht durch, auch bei ehemaligen SDAJ-Anhängern.

Darum geht es: Den Kampf um die einfachen Mitglieder führen; Das wurde dann auch getan. Aber diese Mitglieder und Sympathisanten der D'K'P und der SDAJ wurden nicht durch Aktionseinheit und das Weglassen von richtigen Parolen überzeugt. Überzeugt haben sie die Tatsachen, der kämpferische Einsatz unser Genossen, die richtige Linie. Überzeugt hat sie das Zurückzerren des Kampfes durch die D'K'P.

Deshalb ist es gerade unsere Pflicht, gegenüber den D'K'P-Revisionisten klar Stellung zu beziehen, um in den Massen keine Verwischung des Gegensatzes, keine Illusionen aufkommen zu lassen.

Leute aus der Bevölkerung haben in dieser Hinsicht auch richtig erkannt, was sie singgemäss so ausdrücken: 'Wieso seid ihr denn überhaupt eine Aktionseinheit eingegangen? Die D'K'P will euch doch nur benutzen, sie wird den Kampf immer so zu drehen und zu wenden versuchen, als sei das ihr Verdienst, sie will sich durch die Aktionseinheit ja nur aufwerten.'



Auch in Mannheim: Schienenblockaden

ROTER PUNKT LÜBECK

Nachdem die Gas- und Strompreise bereits erhöht wurden, sollen die Lübecker jetzt auch für die Fahrt mit den Bussen der Stadtwerke mehr bezahlen. Sympathisanten der KPD/ML verteilten vor den Betrieben, im Stadtteil und vor Gewerbeschulen ein Flugblatt mit der Überschrift: 'Unverschämter Angriff'. Plakate wurden geklebt und eine Veranstaltung organisiert.

Am 27.3. fand diese Veranstaltung statt, auf der ein Komitee gegründet wurde, das den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen organisieren wird. SDAJ-Vertreter und Vertreter sogenannter marxistisch-leninistischer Organisationen zeigten auf dieser Veranstaltung, dass sie nicht bereit sind, den Kampf zu unterstützen. Daraufhin engagierten sich umsomehr 15 nichtorganisierte Besucher der Veranstaltung.

Das Komitee wurde gegründet. Es einigte sich auf folgendes Vorgehen:

Die Bevölkerung muss weiter informiert und mobilisiert werden durch Flugblätter, Diskussionsstände und Unterschriftensammlungen. Es muss festgestellt werden, wer bereit ist, sich z.B. an einer Besetzung von Bussen zu beteiligen. Weiterhin sollen Rote-Punkt-Aktionen und evtl. eine Demonstration organisiert werden.